

Deutsche Kälte-Klima-Tagung 2003 in Bonn

MinDir. Dr. Uwe Lahl hält am Leitbild des Eckpunktepapiers fest

Mit großer Erwartung sahen etwa 500 Teilnehmer an der Eröffnungssitzung des DKV zum Auftakt der Deutschen Kälte-Klima-Tagung dem Plenarvortrag von Dr. Uwe Lahl, dem für das Eckpunktepapier verantwortlichen Abteilungsleiter im Bundesumweltministerium in Bonn, entgegen. Die Frage, die sich hierbei stellte, war, ob das Eckpunktepapier nach Vorlage des Kommissionsvorschlags zu einer europäischen F-Gase-Verordnung national weiterhin Bestand haben wird.

Die Antwort lautet schon hier zu Beginn dieses Reports – eindeutig „Ja“. Nur über das „wie“ und „wann“ lohnt es sich zu spekulieren. Die Berechtigung zu dieser Einschätzung ergibt sich schon aus der ersten Folie, die Ministerialdirektor Dr. Uwe Lahl auflegte, denn sie bestätigt bereits das genau vor einem Jahr bei der DKV-Tagung in Magdeburg vorgestellte Eckpunktepapier als Beitrag zur deutschen Umweltpolitik. Noch einmal zur Erinnerung und als Bestätigung der vorangegangenen Zeilen der Wortlaut der ersten Dr. Lahl-Folie mit der Einführung in ein „Leitbild – Eckpunktepapier“:

- „Zur Erfüllung der von Deutschland im Rahmen des Kyoto-Protokolls und angesichts der im Rahmen der EU-Lastenteilung eingegangenen Verpflichtung zur Emissionsminderung von Treibhausgasen sowie unter dem Gesichtspunkt der überproportionalen Emissionsentwicklung bei den fluorierten Treibhausgasen (Anmerkung des Chronisten: Hier ist u. a. der im Eckpunktepapier prognostizierte Anstieg um 780 %, ausgehend von „Null“ bei H-FKW, gemeint, ohne die Rückgänge von

FCKW/H-FCKW-Emissionen gegenzurechnen, was Dr. Lahl schon 2002 in Magdeburg als Äpfel (Montreal) – und Birnen (Kyoto) – Vergleich bekanntlich ablehnte) ist der Bundesumweltminister entschlossen, ökologisch wirksame und ökonomisch effiziente Maßnahmen zur Minderung von H-FKW, FKW und SF₆ umzusetzen...“

In seinem Vortrag „Umsetzung Eckpunktepapier – Bereich F-Gase“ stellte Dr. Lahl nun noch einmal die bisherige Vorgehensweise von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt auf Grundlage der Anhörungsgespräche vom 28.–30. Januar 2003 in Bonn dar. Daraus sollte als damalige Absichtserklärung des BMU eine „Fortschreibung Eckpunktepapier F-Gase auf der Basis des UBA-Berichtes (Anmerkung: Dieser sollte die Gesprächsergebnisse analysieren und zusammenfassend darstellen) durch den BMU (politisches Papier)“ folgen sowie eine „UBA-Fachveröffentlichung „Fluorierte Klimagase in Produkten und Verfahren – Einsatz, Emissionen und Substitutionsmöglichkeiten“ (wissenschaftliches Papier)“. Ob es derartige Papiere gibt, ist der Branche 1 Jahr später, als die Eckpunkte-Gespräche stattfanden, nicht bekannt, vermutlich schlummern sie unter ministeriellem Verschluss.

Der Grund hierfür könnte darin liegen, dass sich die umweltpolitische Ausgangs-

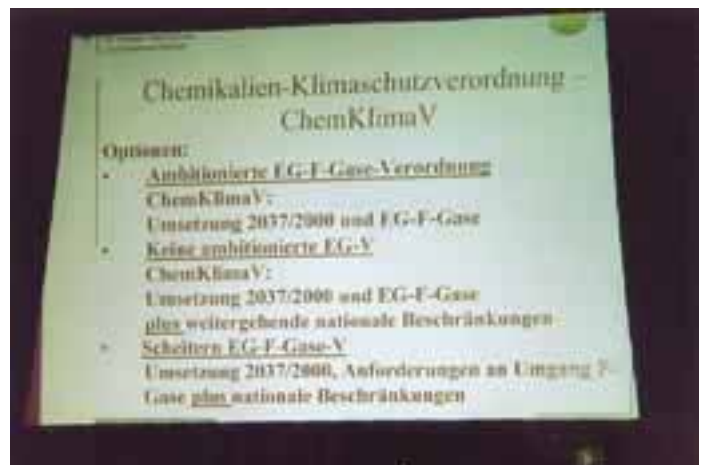
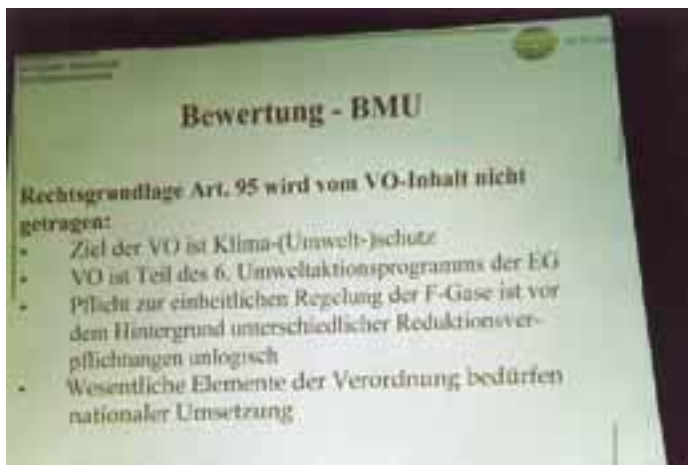


MinDir. Dr. Uwe Lahl, für F-Gase zuständiger Abteilungsleiter im BMU, Bonn, erläuterte vor dem DKV-Plenum im Maritim Hotel Bonn Möglichkeiten der Vorgehensweise bei der Umsetzung seines Eckpunktepapiers mit oder ohne „Brüssel“

lage von „Bonn“ nach „Brüssel“ geändert hat. Denn seit dem 11. August 2003 liegt der Vorschlag für eine Verordnung für bestimmte fluorierte Gase der EU-Kommission in Brüssel auf dem Tisch. Der Verordnungsvorschlag der EU-Kommission stützt sich auf Artikel 95 EG-Vertrag



Der Beethoven-Saal war am 20. November 2003 mit etwa 500 interessierten Zuhörern gut besetzt, wenn einige von den Ausführungen Dr. Lahls mehr Zuverlässiges erwartet hatten, so lag das auch an vielleicht fehlenden politischen Hintergrundkenntnissen der Zuhörer



Diese beiden Folien aus dem Vortrag von Dr. Lahl sind von Bedeutung. Hieraus kann die Branche einige wichtige Einschätzungen entnehmen

(Binnenmarkt) und nicht wie beim FCKW/H-FCKW-Verbot auf Artikel 175 (Umwelt). Das bedeutet, dass die EU-Kommission ein einheitliches und gleichwertiges Vorgehen in allen EU-Mitgliedstaaten (hat unsere Branche schon immer gefordert) anstrebt, um Wettbewerbsverzerrungen (siehe Vorgehensweisen in Dänemark und Österreich) zu vermeiden. Eine Analyse hierzu ist in den KK-Ausgaben 10/2003 (Seiten 16–19) und 11/2003 (Seiten 14–21) enthalten. Hierüber ist die Branche recht froh (Dr. Lahl bekundete in einem Vorgespräch mit P. W. hierfür Verständnis), allerdings wollen die deutschen Vertreter im EU-Umweltrat Verbündete suchen und alles dran setzen, den VO-Rückbezug auf Artikel 95 wieder rückgängig zu machen.

Somit ist zur Zeit Stillstand angesagt, von einem angeblich mit der EU vereinbarten Stillhalteabkommen kann allerdings keine Rede sein. Stillstand so lange, bis eine „Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über bestimmte fluorierte Treibhausgase“ endgültig akzeptiert ist und auf dem Tisch liegt. Das kann dauern! Das von Deutschland angestrebte Ziel, eine derartige Verordnung unter der EU-Präsidentschaft von Italien noch im Dezember zu verabschieden, war nicht einzuhalten, das musste Dr. Lahl gegenüber dem DKV-Plenum am 20. November in Bonn auch so eingestehen. Auch mit seiner weiteren Einschätzung agierte Dr. Lahl sehr vorsichtig. Er hält es aus unterschiedlich notwendigen Verfahrensschritten für kaum machbar, unter der nun folgenden Präsidentschaft von Irland (nomen est omen? Denn das ist die „grüne“ Insel) die EU-VO bis zum 30. 6. 2004 umzu-

setzen, eher unter der dann folgenden Präsidentschaft der Niederlande im Zeitraum 1. 7. bis 31. 12. 2004. Gegen diese zeitliche Einschätzung könnte aber sprechen:

- Zum 1. Mai 2004 erweitert sich die EU um die 10 neuen osteuropäischen Mitgliedsstaaten Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Malta, Ungarn und Zypern. Diese Staaten könnten zunächst ganz eigene Interessen verfolgen, haben sie doch alle noch nicht den FCKW/H-FCKW-Ausstieg vollzogen!
- Im Juni 2004 wird ein neues Europäisches Parlament gewählt, von dem man nicht weiß, wie es sich zusammensetzen wird. Nachdem die von der Branche gewünschte (!) 1. Lesung der EU-VO im Europäischen Parlament noch im November 2003 nicht erfolgte, liegen die Hoffnungen auf dem 1. Quartal 2004 (altes Parlament). Geschieht dies (gegenwärtig sieht es so aus), dann besteht tatsächlich die Möglichkeit, dass nach einem parallelen Verfahren im Rat (das sind die Regierungen der Mitgliedsländer) die 2. Lesung im (neuen) EU-Parlament noch im November des kommenden Jahres gelingen könnte. Wäre dies der Fall, dann gilt die europäische F-Gase-Verordnung etwa ab Februar 2005 – aber nicht vorher.

Damit kann BMU-Abteilungsleiter Dr. Uwe Lahl „leben“, denn die Richtung stimmt trotzdem. Das gestand er ehrlich und unumwunden ein. Wer nicht richtig zugehört hat am 20. November 2003 im Saal Beethoven des Maritim Hotel Bonn, hat sicherlich die Begründung für diese Haltung nicht umfassend verstanden. Aus Sicht des Chronisten heißt dies, dass der bisherige „Druck“ auf die kälte-klimatechnische Branche durch die deutsche Umweltpolitik schon ausgereicht hat, um diese zu effizienteren Maßnahmen bei

der Fertigung ihrer Produkte und/oder Anlagen zu veranlassen: Leckdichtheit, Energieeffizienz, Komponenten- bzw. Anlagen-Optimierungen (Anmerkung: Darum geht es im engeren Sinne auch bei der 4. KK-Fachtagung mit dem Thema „Lebenszyklus einer Kälteanlage“ am 2. März 2004 in Bingen). Dissens des überwiegenden Teils der Branche mit den Zielen von Dr. Lahl bei einer Umsetzung seiner F-Gase-Vorstellungen besteht hauptsächlich darin, dass ein allgemeines Verbot in der kälte-/klimatechnischen Verwendung von F-Gasen als Kältemittel *nicht* machbar, im Sinne der Ziele des Kyoto-Protokolls aber auch nicht gefordert wird.

Worauf sich die Branche aber dennoch einstellen muss:

- Die EU-Kommission denkt überhaupt noch nicht daran (klare Aussage von Dr. Matti Vainio, in der EU-Kommission zuständiger Referatsleiter), den vorliegenden F-Gase-VO-Vorschlag über die mobile Kälte-Klima (Schwerpunkt Pkw-Klimaanlagen), was die Einschränkung in der Verwendung synthetischer Kältemittel angeht, auf die stationäre Kälte/Klima-Technik auszuweiten! Wenn dies so ist, dann lohnt sich das gegenwärtige „Warten“ von Dr. Lahl: Denn ist der vorliegende VO-Entwurf der EU-Kommission – so, oder mit Änderungen – erst einmal verabschiedet und in Kraft getreten, dann ist Dr. Lahl sofort ante portas und legt sein erweitertes Eckpunktepapier wieder auf den Tisch, um daraus eine nationale deutsche Chemikalien-Klimaschutzverordnung für stationäre Kälte-Klima-Anwendungen zu basteln. Wetten, dass? ... P. W.